

Aus der Region

Hohe Haftstrafen
für drei Cannabis-
Bauern in Vorarlberg

FELDKIRCH Drei Männer sind am Freitag am Landesgericht Feldkirch wegen des Anbaus und Verkaufs von Cannabis zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Das Trio soll Marihuana im grossen Stil erzeugt und weitergegeben haben. Die beiden Hauptbeschuldigten erhielten unter anderem wegen Drogenhandels Haftstrafen von neun und acht-einhalb Jahren. Ein Erntehelfer wurde zu drei Jahren Haft verurteilt. Die Urteile sind nicht rechtskräftig. Die drei Männer unterhielten in Vorarlberg von Sommer 2018 bis Juni 2020 drei Indoor-Plantagen in Lustenau, Nüziders (Bezirk Bludenz) und Dornbirn und betrieben einen regen Drogenhandel. 225 Kilogramm Marihuana sollen die 34, 31 und 44 Jahre alten Männer erzeugt haben, 147 Kilogramm sollen in den Verkauf gegangen sein, so die Anklage. Der Wert der verkauften Drogen belief sich auf rund 560 000 Euro. Zudem zweigte das Trio für seine Kulturen Strom am Zählerkasten vorbei ab und verursachte dadurch einen Schaden von 37 000 Euro. Während der 34-Jährige und der 31-Jährige, die als Drahtzieher gelten, mit der Organisation und dem Verkauf beschäftigt waren, wirkte der 44-Jährige in untergeordneter Form mit; er war etwa als Erntehelfer eingeteilt. Die beiden jüngeren Männer mieteten Häuser und engagierten Leute, die bereit waren, für eine günstige Miete nebenbei die Cannabis-Pflanzen zu betreuen. Halben diese Mieter bei einer Ernte, erhielten sie pro Ernte nochmals 2000 Euro auf die Hand. Mehrere dieser Erntehelfer mussten sich bereits vor Gericht verantworten. Am Freitag gaben sich die Angeklagten eher wortkarg. Ihre Verteidiger betonten die bisherige Unbescholtenheit ihrer Mandanten. Diese hätten sich vollumfänglich geständig gezeigt, zudem sei Cannabis als Droge nicht mit Kokain oder Heroin zu vergleichen. Der Staatsanwalt kontierte, die Beweislage sei auch ohne die Geständnisse der Männer erdrückend gewesen, und wehrte sich gegen einen Verharmlosung von Cannabis. (sda)

Aus der Region

Flugzeugbergung
zieht sich hin

ALTENRHEIN/STAAD Die Bergung des am Donnerstag abgestürzten Flugzeugs war am späten Freitagnachmittag noch im Gange, teilte die Kantonspolizei St. Gallen mit. Sie gestalte sich schwierig. Ein Termin sei noch nicht absehbar. Das Flugzeug befindet sich laut Polizei auf dem Grund des Bodensees in einer Tiefe zwischen 80 und 90 Meter. Die Polizeitaucher waren gestern Nachmittag damit beschäftigt, die Bergung mit Spezialisten der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle (SUST) vorzubereiten. Fragen zur Unfallursache werden laut der Mitteilung zu gegebener Zeit durch die SUST beantwortet. (red/pd)

Aus der Region

Hunderte Jahre altes
Haus in Vollbrand

FLUMS Ein mehrere Hundert Jahre altes Ferienhaus geriet am Freitagnachmittag in Flums in Vollbrand. Die zwei Bewohner - eine 66-Jährige und ein 71-Jähriger - konnten sich in Sicherheit bringen und blieben unverletzt. Am Haus entstand Sachschaden von mehreren Hunderttausend Franken. Das teilte die Kantonspolizei St. Gallen mit. Kurz vor 13.40 Uhr erhielt die Notrufzentrale demnach die Meldung, dass der Anbau eines Ferienhauses brenne. Neben der Kantonspolizei rückten über 70 Feuerwehrmänner aus. Als sie ankamen, befand sich das Haus in Vollbrand. Die Brandursache wird nun durch das Kompetenzzentrum Forensik abgeklärt. (red/pd)

Tests und Impfen: Weitere Petitionen aus dem Hause Stocker

Coronavirus Mit zwei Petitionen wollen Werner Stocker und ein paar Gleichgesinnte für ein Umdenken in der Coronapolitik sorgen. Die Forderungen: Keine Massentests und kein Impfwang. Weitere Petitionen seien bereits in Ausarbeitung.

VON DAVID SELE

Im vergangenen Herbst sammelte Jeannette Stocker bereits Unterschriften gegen eine Maskenpflicht für Minderjährige. Schwere gesundheitliche Schäden würden die Stoffketten vor dem Gesicht anrichten. Die Unterschriftensammlung versandete. Nun ist der Name Stocker unter zwei Petitionen zu lesen, die im Frühjahr an den Landtag gereicht werden sollen. Jeannette und ihr Mann Werner Stocker sowie einige weitere Personen plädieren einerseits für «Gesundheitliche Selbstbestimmung» und andererseits «Gegen COVID-19-Massentests». Werner Stocker beschäftigt sich seit rund einem Jahr intensiv mit der Coronapandemie, veröffentlicht auf seiner Webseite regelmässig sogenannte Risikoanalysen. Er hat viele Zahlen ausgewertet, vieles macht ihn stutzig. «Ich glaube schon, dass es das Coronavirus gibt. Aber ich glaube zum Beispiel nicht, dass der Anstieg der Fallzahlen im Dezember auf das Coronavirus zurückzuführen ist», sagt Stocker im Gespräch mit dem «Volksblatt». Zeitlich hätte das Auftreten der Fälle nämlich nicht mit den Todesfällen zusammengepasst. Stocker betont, er wolle niemandem Inkompetenz oder bewusst falsches Handeln vorwerfen. Wer für all das verantwortlich sei, wisse er nicht. Offensichtlich sei, dass die Pharmaindustrie von der Krise profitiere.

Strategiewechsel im Blick

Werner Stocker plädiert für einen Strategiewechsel. Die Coronamassnahmen sollen sich nur auf die Personen mit erhöhtem Risiko beschränken - insbesondere nur auf jene, die Schutz wünschten. Der Rest solle ein normales Leben führen können. Insbesondere das Vorgehen in Alters- und Pflegeheimen kritisiert er scharf.



Illustration: SSI

Schlechter hätte man es nicht machen können, meint er. Sein Konzept skizziert er gegenüber dem «Volksblatt»: «Im Altersheim sollte es zwei Bereiche geben. Einen isolierten für Bewohner, die geschützt werden wollen und einen für die anderen. Das Personal müsste man dann natürlich auch aufsplitten.» Jedoch hätten es die Verantwortlichen verpasst, genügend Pflegepersonal anzustellen. Wie er die Besuche im «geschützten» Trakt regeln will, bleibt offen. Denn einsperren möchte er die Menschen nicht. Natürlich würde es eine verstärkte Isolation benötigen, da müsse man eben Lösungen finden, damit eine Teilnahme am Leben dennoch möglich sei. Wütend macht Werner Stocker, dass zu wenig nach alternativen Lösungen gesucht wird. Er kritisiert, dass man nicht versuche herauszufinden, wer wirklich ansteckend ist oder

nicht. Testen ist aus seiner Sicht dafür nicht geeignet. Im Gegenteil: In der Breite eingesetzte Tests seien bei tiefen Fallzahlen unverhältnismässig. «Dass Öffnungen von Tests abhängig gemacht werden sollen, ist eine weitere Einschränkung der Grundrechte. Damit wird wieder ein Stück Freiheit aufgegeben.»

Zwei Bittschriften an den Landtag

Darum dreht sich eine der Petitionen. Diese hätten sie vorsorglich aufgegleist, falls Massentests beschlossen würden. Die Petition drängt vor allem darauf, dass Tests nicht verpflichtend sein dürfen. Immer wieder würden Menschen durch dem Nasenabstrich verletzt und sie hätten mehrtägige Schmerzen. Auf Nachfrage erwähnt Stocker Nasenbluten. Die Petition fordert, dass bei Massentests sanftere Methoden - etwa der Speicheltest, wie

er in Liechtenstein bei regelmässigen Tests des Pflegepersonals angewendet wird - zum Einsatz kommen. Online hat die Petition gegen «Massentests» innert 11 Tagen bis zum Freitagabend 131 anonyme Unterstützer. Noch bis Ende März soll sie laufen.

Auch die zweite Petition «Gesundheitliche Selbstbestimmung» wird online durchgeführt. Diese wurde bereits Mitte Januar lanciert und hat zum Freitagabend 326 anonyme Unterstützer. Hier kann man aber auch physisch unterschreiben, dies hätten bis zum Mittwochabend rund 85 Personen getan - diese sind dem Initiator denn auch namentlich bekannt. Die Petition «Gesundheitliche Selbstbestimmung» soll im März an den Landtag übergeben werden. Die Bittschrift orientiert sich laut Stocker an der Initiative «Stopp Impfpflicht» aus der Schweiz. Ziel sei, dass die gesundheitliche Selbstbestimmung nicht ausgehebelt wird. Schliesslich werde vermehrt eine direkte oder indirekte Impfpflicht diskutiert. In erster Linie wolle er verhindern, dass der Staat sich dieser Mittel bedient. Bei Privaten (z.B. Fluggesellschaften) habe Liechtenstein allein wenig Handhabe.

Weitere Petitionen sollen folgen

Beide Petitionen beschäftigen sich mit Teilstücken der vorherrschenden Coronastrategie. Eine Strategie, die aus Stockers Perspektive völlig falsch ist. Im Gespräch kommt die Frage auf, warum mit den Petitionen denn nicht ebendieser grundlegende Strategiewechsel gefordert wird. Warum dagegen und nicht für etwas anderes? Warum nicht den ausgefeilten Plan präsentieren, wenn es die Politik nicht tut? Stocker: «Wir planen auch noch weitere Petitionen. Dabei wird es dann auch darum gehen, eine neue Strategie zu implementieren.»

Jahrgänge 1941 bis 1945 können sich zur Corona-Impfung anmelden

Immunsierung Die Regierung öffnet die Hotlines zur Vereinbarung eines Impftermins gegen das Coronavirus für weitere Jahrgänge. Ab Anfang März stehen demnach weitere Impfdosen zur Verfügung.

Nachdem sich Personen mit Jahrgang 1940 und älter seit dieser Woche impfen lassen können, stehen ab Anfang März auch für Personen mit Jahrgang 1945 und älter Impfungen zur Verfügung. Dies teilte die Regierung am Freitagabend mit. Telefonische Anmeldungen für die Impfungen auf dem Spoerry-Areal in Vaduz seien ab kommendem Montag bei der Hotline in der jeweiligen Wohngemeinde möglich.

Impfbüchlein und
praktische Kleidung mitbringen

Bislang konnten Impftermine für Personen mit Jahrgang 1940 und älter vereinbart werden. Aufgrund der erfolgten Impfstofflieferungen und der bisherigen Anmeldungen stünden ab Anfang März Impfungen zusätzlich für die Jahrgänge 1941 bis 1945 zur Verfügung. Alle Personen mit Jahrgang 1941 bis 1945 werden gemäss Aussendung ein persönliches Schreiben mit dem Impfauftrag erhalten. Die Anmeldung von Personen mit Jahrgang 1940 und älter sei aber weiterhin möglich.



(Symbolfoto: SSI)

Die Impfung erfolgt in den Oberarm. Die Regierung bittet daher, unter der Jacke oder dem Mantel, wenn möglich ein kurzärmeliges Shirt anzuziehen. Für die Impfung sei ein Personalausweis sowie das Impfbüchlein nötig. Personen, die kein Impfbüchlein haben oder dieses nicht finden, könnten bei der jeweiligen Wohngemeinde ein neues beziehen. (red/ikr)

Impftermin
vereinbaren

Balzers: 00423 388 05 05
Eschen: 00423 377 50 10
Gamprin: 00423 375 91 00
Mauren: 00423 375 86 86
Planken: 00423 375 81 00
Ruggell: 00423 377 49 35
Schaan: 00423 237 72 00
Schellenberg: 00423 399 20 30
Triesen: 00423 399 36 01
Triesenberg: 00423 265 50 10
Vaduz: 00423 237 78 47 160

Die Telefonnummern sind während den Öffnungszeiten der jeweiligen Gemeindeverwaltungen bedient.

VU im Landtag

Kaufmann bleibt
Fraktionssprecher

VADUZ Der Balzner Manfred Kaufmann bleibt auch in der kommenden Legislatur Fraktionssprecher der Vaterländischen Union (VU) im Landtag. Dies teilte die VU am Freitag mit. Manfred Kaufmann hatte bereits Anfang 2020 das Amt des VU-Fraktionsprechers im Landtag übernommen. In der ersten Fraktionssitzung nach den Landtagswahlen sei Kaufmann nun auf Vorschlag



Manfred Kaufmann. (Foto: ZVG)

aus der neu gewählten Fraktion einstimmig bestätigt worden. «Als Gründe für die Wahl wurden vonseiten der Fraktionsmitglieder unter anderem seine umsichtige Führung der Fraktion sowie sein Glanzresultat anlässlich der Landtagswahlen - mit 417 Stimmen erzielte er das beste Ergebnis aller Kandidaten im Oberland - genannt», heisst es in der Mitteilung. Das VU-Präsidium gratuliere zur Wiederwahl, danke ihm für seine bisherigen Verdienste und wünsche ihm für die kommende Legislatur «eine glückliche Hand in der Ausübung dieser verantwortungsvollen Position», so die VU. (red/pd)